

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 12. Juni 2023

Für einen soliden Haushalt 2024 – Konsolidieren statt subventionieren, entlasten statt belasten

Deutschland hat im internationalen Vergleich die Folgen der Corona-Pandemie gut bewältigt. Auch die negativen Effekte der Energiekrise in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die Auswirkungen der Inflation konnten durch die Krisenpolitik der Bundesregierung weitgehend abgefedert werden. Ein wichtiges Element dabei war das Inflationsausgleichsgesetz zum Abbau der kalten Progression. Doch die Aufgaben sind weiter groß: Die Inflation ist zwar im Mai 2023 mit 6,1 Prozent auf den niedrigsten Wert seit über einem Jahr gesunken, befindet sich aber noch immer auf hohem Niveau. Auch darüber hinaus steht Deutschland vor enormen Herausforderungen. Nach Jahrzehnten des Wachstums befinden wir uns aktuell in einer Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist laut Statistischem Bundesamt das zweite Quartal in Folge gesunken – im ersten Quartal 2023 um 0,3 Prozent. Für viele Menschen rückt das individuelle Aufstiegsversprechen durch die hohen Preise und die unsichere Wirtschaftslage in weite Ferne.

Während andere Industrieländer wieder auf dem Wachstumspfad sind, ist der Motor der deutschen Wirtschaft ins Stocken geraten. Hohe Energiepreise, Transformation, Klimawandel, internationale Spannungen, überlastete Infrastruktur und Fachkräftemangel haben dem deutschen Wirtschaftsmodell seine Grenzen aufgezeigt. Neben Industrieunternehmen denken inzwischen immer mehr mittelständische Betriebe darüber nach, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern. Das ist ein Alarmsignal! Wir müssen der Gefahr einer Deindustrialisierung und einer Abwanderungswelle entgegenwirken. Denn der Verlust von Arbeitskräften, Wertschöpfung und Know-how würde die deutsche Wirtschaft dauerhaft schwächen und unseren Wohlstand aufs Spiel setzen.

Wir Freie Demokraten fordern daher eine ökonomische Zeitenwende. Wir brauchen Konsolidierung statt Subventionierung, Marktwirtschaft statt Umverteilung, Entlastung statt Belastung, Investitionen statt Bürokratie. Mit neuen Konzepten für eine veränderte Welt und der Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft wollen wir den Wohlstand und das individuelle Aufstiegsversprechen für die Zukunft sichern. Im globalen Wettbewerb müssen wir aufholen und unsere Wertschöpfung auf ein stabiles Fundament stellen. Für die Transformation mit Blick auf die Digitalisierung sowie eine bezahlbare und saubere Energieversorgung brauchen wir mehr Tempo und Freiräume für neue Ideen. Mit der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist der Bundesregierung hier ein wichtiges Projekt gelungen. Hieran wollen wir anknüpfen und weitere Bürokratiehürden und Belastungen abbauen. Durch attraktive Rahmenbedingungen und Technologieoffenheit setzen wir Anreize für Investitionen, Innovationen und Gründungen. Bei all den aktuellen Herausforderungen gibt es

viele Projekte, die der Staat finanzieren muss. Im Sinne einer Zeitenwende gilt es, dabei staatliche Ausgaben kritisch zu prüfen und neu zu priorisieren.

Wir Freie Demokraten fordern:

1. Solide Finanzen und echte Entlastungen

Statt Debatten über Steuererhöhungen oder einen Industriestrompreis brauchen wir Konsolidierung, Entlastungen und mehr Marktwirtschaft. Deutschland hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Ausgaben des Staates müssen daher auf den Prüfstand gestellt und klare Prioritäten gesetzt werden – nicht zuletzt auch mit Blick auf die um ein Vielfaches gestiegenen Kreditzinsen für den Staat. Die Einhaltung der verfassungsrechtlich gebotenen Schuldenbremse ist daher unverzichtbar. Alle Koalitionspartner der Bundesregierung tragen gleichermaßen die Verantwortung für den Haushaltsentwurf. Je schneller die Ministerien konstruktive Vorschläge für eine Konsolidierung in ihrem Etat im Rahmen der Konsolidierung vorlegen, desto schneller kann das Kabinett den Entwurf in den Bundestag einbringen. Ein verteilungspolitisches „Wünsch-Dir-Was“ kann es nicht mehr geben.

Wir müssen zugleich zu einer angebotsorientierten Finanzpolitik zurückkehren, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dazu gehören auch die Absenkung der Unternehmenssteuern auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau sowie eine mittelstandsfreundliche Erbschaftsteuer und die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Private Investitionen wollen wir insbesondere mit verbesserten Bedingungen für Abschreibungen stärken. Zudem muss das Ziel sein, die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme dauerhaft stabil zu gestalten, anstatt Steuer- und Beitragszahlerinnen und -zahler immer weiter zu belasten. Dazu wollen wir mit dem Generationenkapital einen international breit gestreuten Kapitalstock bilden, um aus dessen Erträgen ab Mitte der 2030er Jahre den Anstieg der Bundeszuschüsse in die Rentenkasse zu dämpfen und die Rentenbeiträge zu stabilisieren. Mit dem Generationenkapital schaffen wir einen entscheidenden Schritt in Richtung Aktienrente.

2. Mehr Freiräume durch weniger Bürokratie

Zu viele Bürokratiehürden versperren vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) im Alltag den Weg zu Innovation und Wachstum. Gerade in den aktuell schwierigen Zeiten brauchen wir daher endlich einen ambitionierten und spürbaren Bürokratieabbau. Dazu fordern wir einen Praxischeck zur Überprüfung des bürokratischen Aufwands von Gesetzen. Darüber hinaus fordern wir eine praxisnahe Ausgestaltung und Vereinfachung von Melde-, Informations- und Aufzeichnungspflichten. Dazu gehören unter anderem eine Vereinfachung des Vergaberechts, eine Aufwandsreduzierung beim Lieferkettengesetz, ein Ausbau des digitalen Steuerbescheids, eine Verkürzung von Aufbewahrungsfristen sowie die Erleichterung der Einspeisung selbst erzeugten Stroms. Zur Beschleunigung von Gründungen sollte es darüber hinaus eine Anzeigepflicht für Notare bei der Aufnahme einer gewerblichen und handwerklichen Tätigkeit geben. Zudem sollten Notare zur Entlastung von Gründerinnen und Gründern auch steuerliche Anzeigepflichten übernehmen. Beim Thema Arbeitszeiterfassung setzen wir auf bürokratiearme, praxisorientierte und mittelstandsfreundliche Regelungen, die die europarechtlichen Spielräume auch wirklich nutzen.

3. Banken- und Finanzstandort Deutschland

Wir wollen den Banken- und Finanzplatz Deutschland wettbewerbsfähiger und innovativer machen. Banken und Finanzinstitutionen sind zentral für Wirtschaft und Wohlstand in unserem Land. Daher wollen wir Börsengänge erleichtern und den Zugang zum Kapitalmarkt auch für kleine und mittlere Unternehmen verbessern. Deutschland soll zu einem Hotspot für FinTech-Gründungen werden. Dafür haben wir die Start-up-Strategie der Bundesregierung entscheidend mitgeprägt und das Zukunftsfinanzierungsgesetz auf den Weg gebracht. Gemeinsam mit dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt am Main setzen wir uns dafür ein, dass die neue EU-Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche (AMLA) ihren Sitz in der hessischen Finanzmetropole hat. In Europa setzen wir uns zudem für Fortschritte bei der Kapitalmarktunion und eine proportionale Ausgestaltung von Basel III ein. Bei der Erarbeitung neuer Regulierungen muss es darum gehen, klug Wachstumspotentiale zu heben, ohne die Finanzstabilität zu beeinträchtigen. Wir werden jeden weiteren regulatorischen Vorschlag daher einer genauen Prüfung unterziehen.

4. Tempo bei der Infrastruktur

Eine moderne und funktionsfähige Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für einen modernen Wirtschaftsstandort. Deutschland hat es über Jahre vernachlässigt, Straßen, Schienen, Wasserstraßen und Radwege auszubauen oder zu erneuern. Nach Jahren des Stillstands hat die Bundesregierung den Turbo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren eingelegt. Straßen, Schienen und Energieinfrastruktur können nun schneller gebaut werden. Ziel ist es, die Planungsdauer bei allen Infrastrukturprojekten mehr als zu halbieren. Auch eine flächendeckende, leistungsfähige digitale Infrastruktur ist ein Grundpfeiler für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort. Daher treiben wir den Gigabitausbau ambitioniert voran, um bis 2030 eine lückenlose Versorgung mit Glasfaser und 5G zu erreichen.

5. Fachkräfteoffensive für Deutschland

Der Arbeits- und Fachkräftemangel liegt in Deutschland auf einem historischen Höchststand. Um diesen Trend umzukehren, müssen wir einerseits unser inländisches Arbeits- und Fachkräftepotential besser nutzen und andererseits attraktiver für qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland werden. Mit flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Angeboten für die Kinderbetreuung sowie flexiblen Arbeitszeitmodellen, die den individuellen Lebenssituationen gerecht werden, wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und damit die Frauenerwerbstätigkeit erhöhen. Durch die Exzellenzinitiative Berufliche Bildung wollen wir mehr junge Menschen für eine Ausbildung begeistern. Zudem müssen wir Weiterbildungsangebote für ein lebenslanges Lernen ausbauen und dabei insbesondere auch auf digitale Fortbildungsplattformen setzen. Darüber hinaus wollen wir nach skandinavischem Vorbild mehr Flexibilität beim Renteneintritt. Für die Erleichterung qualifizierter Zuwanderung haben wir mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz einen wichtigen Erfolg erzielt. Deutschland erhält endlich ein modernes Einwanderungsgesetz mit Punktesystem. Wir wollen außerdem Hürden bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse abbauen sowie Visaverfahren beschleunigen und digitalisieren.

6. Forschungs-, Innovations- und Start-up-Nation Deutschland

Bei der Erforschung und Weiterentwicklung von Zukunftstechnologien dürfen wir uns nicht immer weiter von den USA, China und anderen aufstrebenden Nationen abhängen lassen. Wir setzen deshalb konsequent auf Technologieoffenheit und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen,

beispielweise bei der Nutzung sogenannter Neuer Züchtungstechnologien und der Regulierung von Künstlicher Intelligenz (KI). Den Chancen der Kernfusion und neuer Generationen der Kernenergie dürfen wir uns nicht verschließen. Zentral ist auch, dass wir den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis stärken und es häufiger zu Ausgründungen kommt, damit innovative Ideen auch tatsächlich in die Anwendung gelangen. Dazu wird die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) beitragen. Durch das Zukunftsfinanzierungsgesetz erhält der Start-up-Standort Deutschland ein Update: mit höheren Freibeträgen bei der Mitarbeiterkapitalbeteiligung, einem verbesserten Zugang zum Kapitalmarkt und einer reformierten Dry-Income-Besteuerung. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass Gründungen künftig vollständig digital und innerhalb von 24 Stunden möglich sind.